

# Stolperer Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Ämtliches  
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 115

Stolp, Mittwoch, den 19. Mai 1926

50. Jahrgang

## Vor der Regierungserklärung.

### Die Aussichten des Kabinetts Marx.

Berlin, 18. Mai. Das Kabinett Marx wird zwar morgen im Reichstag eine Regierungserklärung abgeben, ob es aber ein Vertrauensvotum fordern wird, oder ob von Seiten der Regierungsparteien ein solches Votum oder auch nur ein einfacher Billigungsantrag eingebracht werden wird, steht noch immer nicht fest. Am liebsten würden natürlich sowohl Herr Marx wie die Regierungskoalition auf jede Art Vertrauensbindung verzichten, da sie sich ihrer Sache durchaus nicht sicher fühlen. Andererseits schreibt die Verfassung ausdrücklich vor, daß das Kabinett eines Vertrauensvotums bedarf. Bis heute Abend hat man sich noch zu keinem Entschluß durchringen können: Eine blamable Situation, die wir dem Kabinett Marx von Herzen gönnen.

Auch in anderer Hinsicht befindet sich die neue Regierung bereits wieder in der Klemme. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt die Sozialdemokratie einen Gesetzesantrag einzubringen, wonach die deutschen Missionen im Ausland nur die schwarzrotgelbe Reichsflagge und keine andere hissen dürfen, also ein Antrag, der, wenn er angenommen werden würde, die Flaggenverordnung effektiv ausheben würde. Sollten die Sozialdemokraten Wert darauf legen, daß dieser Gesetzesentwurf von dem jetzigen Kabinett anerkannt wird, so würde das Kabinett bereits wieder gesprengt sein, da die Deutsche Volkspartei einen derartigen Gesetzesentwurf natürlich nicht unterstützen kann. Dies scheint allerdings vorerst nicht die Absicht der Sozialdemokratie zu sein. Wie man hört, wollen die Sozialdemokraten sich vorläufig damit zufrieden geben, wenn ihr Antrag einem Ausschuß überwiesen und dort einmal bis über die Pfingstferien ruhen würde. Das Kabinett würde dann von der augenblicklichen Bedrohung durch die Gefahr, die der sozialdemokratische Antrag für den Bestand der Regierung zweifellos darstellt, befreit sein. Es lam den Sozialdemokraten auch offenbar nur darauf an, dem Kabinett seine Abhängigkeit von der Sozialdemokratie in einer ebenso deutlichen wie hohhaften Weise fühlen zu lassen.

### Die kurz angebundene Regierungserklärung.

Berlin, 18. Mai. Das Reichskabinett ist heute nachmittag um 4 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, um die Formulierung der Regierungserklärung, die der Reichskanzler morgen nachmittag im Reichstag abgeben wird, zu beraten. Die Regierungserklärung wird vermutlich äußerst kurz sein und die Flaggenfrage nur soweit berühren, als die Einführung einer Einheitsflagge wünschenswert erscheint.

### Rote Heerschau in Berlin.

Der „rote Frontkämpferbund“ marschiert auf.

Berlin, 18. Mai. Schon seit langem hatte die kommunistische Partei für die kommenden Pfingstfeierlage eine große aus allen Teilen Deutschlands beschickte Tagung des „Roten Frontkämpferbundes“ in Berlin angekündigt. Man hatte bisher immer gehofft, daß die Polizei diesen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit wohl kaum förderlichen Generalappell der kommenden zweiten Revolution verbieten würde. Diese Hoffnung ist jetzt endgültig zerstört. Der Berliner „Polizeipräsident“ Genosse Grczesinski hat das kommunistische Massenmeeting endgültig gestatt. So wird Berlin denn das zweifelhafteste Vergnügen haben, am Pfingstsonntag Hausen Rotgardisten gröhrend durch die Straßen ziehen zu sehen. Es wird starker Zuzug der Kommunisten von außerhalb erwartet. Nach allerdings unbefätigten Meldungen eines Berliner Abendblattes sollen von Stettin allein 60 Sonderzüge mit Kommunisten zu Pfingsten gemeldet sein (?), von Hamburg 30 und aus Halle 20 Sonderzüge.

Daß unter diesen Umständen eine gewisse Beunruhigung in der bürgerlichen Bevölkerung Berlins immer mehr und sich greift, ist selbstverständlich. Das Berliner Polizeipräsidium behauptet zwar, alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen zu haben. Der Befehl „große Alarmstufe“ sei für die Schutzpolizei seit mehreren Tagen gegeben. Der Urlaub sei für jeden Beamten der Schutzpolizei gesperrt. 14 000 Mann Schutzpolizei würden zu Pfingsten den roten Verbänden gegenüberstehen. Die Beamten würden neben dem Gummiknüppel und dem Seitengewehr auch mit Karabinern ausgerüstet werden, auch würden große Mengen von Handgranaten bereitgestellt sein. Die von außerhalb angekündigten Sonderzüge mit Kommunisten sollen bereits an den Abgangsbahnhöfen nach Waffen durchsucht werden. Das Stockverbot werde strikt durchgeführt werden.

In unterrichteten Kreisen ist man freilich der Ansicht, daß es trotz der polizeilichen Vorkehrungen am Sonntag mindestens zu ernstlichen Ruhestörungen kommen wird. Wer jetzt abends durch die roten Stadtviertel geht, der wird überall erregte Gruppen von Kommunisten finden, die sich auf den „großen Pfingstschlag“ im voraus freuen und alle derselben Ansicht sind, daß es zu Pfingsten „nicht ohne Blutvergießen“ abgehen werde.

Die Meldung eines Berliner Spätabendblattes, daß auch der Einsatz von Reichswehr beabsichtigt sei, daß ferner Artillerie an den gefährlichsten Punkten der Stadt aufgeföhren werden würde und Panzerwagen durch die Straßen ziehen sollen, ist nach unseren Informationen unzutreffend. Die in Berlin liegenden Truppenteile des Wachregiments werden allerdings während der Feiertage in ihren Kasernen bereitgehalten werden, ihr Einsatz auf der Straße kommt aber erst dann in Frage, wenn die Polizei allein der Lage nicht mehr Herr sein sollte. Ob es dazu kommen wird, muß abgewartet werden. Auf alle Fälle aber bleibt es unverantwortlich, daß der Polizeipräsident den ganzen kommunistischen Rummel nicht von vornherein verboten hat. Man sieht, wie hier wieder einmal mit zweierlei Maß gemessen wird. Rechtsstehende nationalgefinnte Verbände werden ohne jeden berechtigten Anlaß glatt verboten. Den „politischen Kindern“ des Herrn Sebering aber gibt man die Strafe frei.

### Der Hochverrat von 1918.

Die Marinemeuterei.

Im Reichstagsuntersuchungsausschuß zur Erforschung der Ursachen des Zusammenbruchs begann am Dienstag Abg. Konteradmiral Brüninghaus (D. Vp.) mit seinem Korreferat zu dem im Januar von dem Abg. Dittmann (Soz.) erhaltene Referat über die Marinemeuterei. Der Redner führte u. a. aus:

Da gegen ihn im Münchener Dolchstoßprozeß schwere Vorwürfe erhoben seien, deren Widerlegung er bis zur Erstattung seines Gutachtens hinausgeschoben habe, stellte dieses Gutachten zwangsläufig eine Selbstverteidigung dar. Der Bericht von Dittmann gehe von der These aus, daß die militärischen Ausschreitungen, zumal bei der Marine, keinen politischen Hintergrund hätten. Die mangelhafte und unzureichende Verpflegung habe die Hauptschuld an diesem Vorkommnis gehabt. Hierzu habe er folgenfalls zu bemerken: Auf den Schiffen habe das System der Selbstverpflegung geherrscht, das sich auszeichnet bewährt hätte. Die Behauptung, die Offiziere hätten auf Kosten der Mannschaft ein Schlemmerleben geführt, sei völlig aus der Luft gegriffen. Auf den kleineren Fahrzeugen hätten

den ganzen Krieg über alle aus demselben Topf gelebt.

Bei vorsichtiger Schätzung könne man sagen, daß mindestens ein Drittel der Offiziere dasselbe Essen wie die Deckoffiziere und Mannschaften erhalten hätten. Auch während der schlechtesten Ernährungszeit sei die Verpflegung der Marinemannschaften noch erheblich besser gewesen, als die der Zivilbevölkerung. Aus den Akten sei klar ersichtlich, daß man die Verpflegungsschwierigkeiten dazu benutzt habe, um eine systematische Verhöhnung der Mannschaften zu betreiben. Wie die Leute auffällig gemacht worden seien, gehe am besten aus der Aussage des Oberheizers Silberhorn von der „Pofen“ hervor. Calmus von der „Rheinland“ sei eines Abends zu ihm herangetreten und habe mit ihm über das Essen und die Behandlung durch die Offiziere gesprochen. Calmus habe ihm den Rat gegeben, sich in einem offenen Brief an Frau Ziez nach Berlin zu wenden, die den Brief dann an die Reichstagsabgeordneten weiter leiten würde. Darauf habe eine Versammlung stattgefunden, in der er zum Vertrauensmann ernannt worden sei. Ihm sei gesagt worden, sie sollten sich über das schlechte Essen beschweren. Es sei auch zur Sprache gebracht worden,

zur Erzwingung der Forderungen Geschützteile zu entfernen. (!!) Dittmann habe, so führte Brüninghaus weiter aus, die Aussagen des Silberhorn vollkommen aus dem Zusammenhang gerissen und sie entstellt wiedergegeben. Wenn weiter davon gesprochen werde, Offiziere hätten Lebensmittel an Land geschafft, so sei auch das eine vollkommene Verdrehung der Tatsachen. Es sei ein Irrtum, wenn man annehme, daß die früher bestehenden Menagekommissionen lediglich aus Offizieren bestanden hätten. Das sei nicht der Fall gewesen. Es wäre auch richtiger gewesen, wenn nicht Menagekommissionen, die nur aus der Mannschaft gebildet worden seien, eingerichtet worden wären, denn diese hätten sich zu Zentralen für die Marinemeutereien entwickelt.

Abg. Brüninghaus geht nun auf den Fall Rebe näher ein. Als die Flotte zu der Unternehmung gegen Desfel bereits in der Danziger Bucht gelegen, also unmittelbar vor dem Feinde gestanden habe, sei bei dem Oberheizer Rebe ein Aufruf gefunden worden, der folgendermaßen geschlossen habe: „Wer für einen baldigen Frieden ist, bekenne sich zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Nieder mit dem Krieg! Nieder mit dem Militarismus!“ Gleichzeitig habe die Kriminalpolizei Wilhelmshaven gemeldet, daß ein Mann von der „Moltke“ dort im August in mehreren Versammlungen von Matrosen zur Dienstverweigerung gehetzt habe. Bei der Verhandlung gegen Rebe habe der Untersuchungsrichter Dr. Dörbring dem Angeklagten selbst nahegelegt, eine Verteidigungsschrift zu verfassen. Man könne also doch wohl nicht von einem Terror des Untersuchungsrichters in diesem Falle reden. Da Rebe in seiner Verteidigungsschrift die Worte geprägt habe: „zur Selbstverteidigung ist das gemeinste Mittel gerade gut genug“, so habe sich Dittmann eigentlich sagen müssen, daß Rebes Aussage nur von sehr geringem Wert sein könnte. Aus den beiden Briefen, die Rebe an die Adresse des Abg. Dittmann geschickt habe, sei klar zu ersehen, daß sie ohne irgend welche Einwirkung, ohne Terror und ohne Erpressung gefaßt worden seien. Der Fall Rebe sei ein Schulbeispiel dafür, daß die Konstruktion des Dittmannschen Gutachtens, die Bewegung auf der Flotte sei auf schlechte Verpflegung und schlechte Behandlung zurückzuführen, vollkommen unhaltbar sei. Trotz allem, was er vorgetragen habe, komme Dittmann zu dem Schluß: Die Aussagen sind erpreßt, die Protokolle gefälscht, es liegt ein Justizmord vor. Ebenso wie in dem Fall des Marinejustizbeamten Dr. Lösch, wovon die Behandlung des Falles Calmus durch Dittmann ein einwandfreies Zeugnis ablege. Bei dem Besuch Dittmanns bei Calmus habe letzterer gesagt: Der Kriegsrat Dr. Lösch hat mir immerfort mit Erschienen gedroht und belästigende Aussagen gegen die Abgeordneten aus mir herausbringen wollen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Dr. Lösch meine Schwester und den Pfarrer von Essen kommen lassen, die auf mich einwirken mußten. — So weit die Angaben von Dittmann. Dittmann habe aber aus den Akten bekannt sein müssen, daß die Schwester des Calmus auf Bitten des Calmus selbst zu ihm gekommen sei, und daß der Pfarrer ihn auf Bitten seiner Eltern besucht habe. Die Behauptung des Calmus Dittmann gegenüber sei also glatt erlogen.

Der Referent ging dann auf die Hauptverhandlung gegen Haase und Genossen von der „Westfalia“ ein und führte auch hier den Beweis dafür, daß Dittmann die Ausführungen des Kriegsgerichtsrats Dr. Lösch, des Vertreters der Anklage, entstellt und aus dem Zusammenhang herausgerissen wiedergegeben habe. Wie Dittmann weiter behauptet habe, hätten die Spitzelaussagen die Hauptgrundlage der Anlagenschrift und der Urteile gebildet. Diese Feststellung sei gerade eine Ungebeuerlichkeit und müsse als vollständig abwegig bezeichnet werden. Es könne einem gründlichen Kenner des Aktenmaterials unmöglich entgangen sein, daß gerade in den Hauptverhandlungen, die sich gegen die fünf Hauptbeschuldigten des 4. Geschwaders gerichtet hätten, auch an keiner einzigen Stelle der Akten von irgendeinem Spitzel oder Lockspitzel überhaupt die Rede seien. Diese gegen Justizbeamte erhobenen Vorwürfe seien aus Mangel an irgendwelchen Unterlagen in sich zusammen und damit auch die groteske Behauptung, die Kriegsgerichtsrate hätten förmlich Menschenjagd und Menschenfang organisiert und sich dazu eines Heeres von Lockspitzeln bedient. Der Abg. Brüninghaus führt dann weiter aus, daß es wirklich nicht gut angehe, daß heute noch, wie es das Dittmannsche Gutachten tue, die Fiktion aufrechterhalten werde, die Meutereien und der Hochverrat seien lediglich Ausflüsse von Unzufriedenheit über angeblich schlechte Verpflegung oder schlechte Behandlung gewesen und hätten mit Politik so gut wie nichts zu tun gehabt. Wie weit die Zerkleinerung in einzelnen Besatzungen um sich gegriffen gehabt habe, wie sehr die Leute verheßt gewesen seien und wie verhängnisvoll die Disziplin und damit die Kampfkraft der Flotte vorübergehend Schaden gelitten habe, gehe unzweifelhaft aus einem Brief der Besatzung der „Westfalia“ an dessen Kommandanten hervor, in dem an diesen im Zusammenhang mit der Verhaftung einiger Mann der Besatzung verschiedene Fragen gerichtet und für den Fall ihrer Nichtbeantwortung damit gedroht wird, daß die Besatzung mächtig genug sei, ihren Willen zu erzwingen, wenn es sein müßte mit Gewalt.

Dieses Dokument, so erklärt Brüninghaus, beweise deutlich, daß die ganze Bewegung nichts mit irgendwelchen Verpflegungsschwierigkeiten oder dergleichen zu tun gehabt habe. Abg. Brüninghaus wandte sich dann den Vorgängen auf dem „Prinzregent Luitpold“ zu. Am 1. August 1917 seien 49 Mann der Besatzung heimlich von Bord gegangen und erst zum Mittagessen zurückgekehrt. 11 dieser Leute seien als Rebellenführer mit Arrest bestraft worden. Darauf sei als Demonstration der Aufzug von rund vierhundert Mann erfolgt. Das sei nach militärischen Begriffen im Kriege nichts anderes als Meuterei gewesen. Bei einer der Meuterei auf dem „Prinzregent Luitpold“ vorausgegangenem Versammlung in



Wilhelmshaven hat Reichpietsch sich u. a. folgen dermaßen geäußert: Dem Stande der Matrosen und Heizer bringt eine weitere Kriegsführung nur noch Nachteile, deshalb muß dem Krieg mit Gewalt ein Ende gemacht werden. Die Soldaten müssen sich erst zusammenschließen, und wenn sie diesen Zusammenschluß erreicht haben, nötigenfalls

mit Gewalt gegen die Vorgesetzten vorgehen.

Die Friedensbewegung muß unbedingt in der Marine vorbereitet werden, damit die Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei bei den Verhandlungen in Stockholm den nötigen Rückhalt haben. Wenn aber die Abgeordneten widerkommen sollten und haben nichts in Stockholm ausgerichtet, wenn dann an die Soldaten der Ruf herantritt: Auf, sprengt die Fesseln nach russischem Muster, dann weiß ja jeder, was er zu tun hat. Nach dieser Rede des Reichpietsch, so fuhr Brüninghaus fort, sei es ihm unerklärlich, wie Dittmann zu dem „Schluß“ kommen könne, bei der ganzen Bewegung und den Unruhen in der Flotte habe es sich lediglich um Klagen über die Verpflegung, schlechte Behandlung und dergleichen gebreht.

## Claf über seinen „Putschplan“.

Die Verhandlungen mit Eugenberg und Neumann.

Der im Zusammenhang mit den neuen Putsch-Gerüchten vielgenannte Justizrat Claf veröffentlicht eine längere Erklärung, in der er bestritt, sich jemals mit Putschplänen beschäftigt zu haben. Ueber seine Verhandlungen mit Eugenberg und Dr. Neumann heißt es unter anderem:

In bezug auf die nach der Ausdrucksweise der Linkspreffe nächst mir „meistbelasteten“ Herren Geheimrat Dr. Eugenberg und Dr. Neumann gilt folgendes: Im Anschluß an Unterhaltungen mit Herrn Eugenberg über die verzweifelte wirtschaftliche Lage des Vaterlandes und die Art und Weise, wie ein völliger Zusammenbruch verhindert werden könne, habe ich an ihn schließlich die Frage gerichtet, ob er sich zur Verfügung stelle, falls der Ruf an ihn ergehe, ein maßgebendes Reichsamt zu übernehmen.

Herr Eugenberg hat mir mehrfach ablehnend geantwortet und seine Ablehnung mit persönlichen und sachlichen Gründen belegt, deren Stichhaltigkeit ich nicht anerkennen konnte. Auch in der letzten vor meiner Abreise mit ihm geführten Unterhaltung ist Herr Eugenberg meinem Drängen unzugänglich geblieben.

Dieses „Nein“ des Herrn Eugenberg hat mich gelegentlich veranlaßt, ihn um sein Urteil über Herrn Dr. Neumann zu bitten. Als dieses — wie mein eigenes — sehr anerkennend lautete, habe ich mir vorgenommen, bei sich bietender Gelegenheit Herrn Dr. Neumann zu fragen, ob er, wenn der Ruf an ihn im Falle verfassungsmäßiger Um- und Neubildung der Regierung ergehe, sich zur Verfügung stellen werde.

Herr Dr. Neumann lehnte dies bei persönlichem Zusammentreffen ab und bestätigte seine Ablehnung noch ausdrücklich mit Schreiben aus Lübeck vom 17. April laufenden Jahres.

Trotzdem habe ich den rechtswidrig im Durchschlag bei mir beschlagnahmten und unter Verletzung des Briefgeheimnisses, sowie des Urheberrechts von der politischen Polizei veröffentlichten Brief vom 23. April nach Karlsbad geschrieben, worauf Herr Dr. Neumann von dort nochmals ablehnend antwortete. Der abgehende Brief des Herrn Neumann vom 25. April wurde von den Polizeibeamten gefunden, aber nicht beschlagnahmt.

Es bleibt ihre Sache, weshalb sie diesen, Herrn Neumanns Weigerung sofort einwandfrei beweisenden Brief nicht mit sich genommen hat.

Weiter erklärt Justizrat Claf, daß er nicht angeben könne, was aus dem Antwortbrief Dr. Neumanns vom 17. April geworden sei, und bestritt, jemals einen Brief an Major von Hindenburg geschrieben zu haben.

Strafantrag gegen die verantwortlichen Polizeibeamten. Zum Schluß heißt es in der Erklärung: Alle in diesem Zusammenhang gegen mich gerichteten Maßnahmen der politischen Polizei entbehren der gesetzlichen, aber auch jeder tatsächlichen Grundlage und verletzen ursprüngliche, verfassungsmäßige Rechte. Ich habe daher meinen Anwalt, Herrn Justizrat Dr. W. Schab, beauftragt, gegen die für diese Maßnahmen Verantwortlichen mit allen Rechtsbehelfen vorzugehen und insbesondere wegen Hausfriedensbruchs, Verletzung des Briefgeheimnisses und Urheberrechts Strafantrag zu stellen.

## Das unmögliche Republikerschutzgesetz.

Reichstagsdebatte gegen die roten Ausnahmegefetze.

Berlin, 18. Mai.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung der Handelsabkommen mit Spanien, Portugal und Honduras, sowie das Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag.

## Die Söhne von Rotenfelde.

Roman von A. L. Lindner.

29 Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

In der furchtbaren Erregung versagten ihr die Gedanken, aber ihre Erinnerung kam ihr halb unbewußt mit etwas fertigen Formulierungen zu Hilfe:

„Christi, du Lamm Gottes,  
Der du trägst die Sünd' der Welt,  
Erbarm dich unser.  
Erbarm dich unser —  
Gib uns deinen Frieden.“

Jahrelang waren ihm das fremde Klänge gewesen, wie blasse, holde Kindheitsgedenken umschwebten sie die schwebende, geängstigte Seele.

Der frampfhafteste Griff seiner kalten Finger um Annes Hand loderte sich, sein Atem ging ruhiger.

„Ich danke dir. Sag es noch einmal, Anne. Man denkt wohl, man braucht das alles nicht, solange man gesund ist, aber näher — wenn das Ende kommt —“

Seine Stimme wurde matt und leise. Eine Weile lag er im Halschlummer, dann fing er in erneuter Unruhe an: „Wir sind doch glücklich zusammen gewesen, haben uns immer lieb gehabt, nicht wahr, Anchen? Auch wenn ich mal Pech hatte. Hab dir ja doch das Leben schön machen wollen. Es glückte nur eben nicht immer.“

„Wie gehts den Kindern?“ fragte er später. „Wissen sie?“

„Nein.“

Abg. Haag (Deutschn.) empfiehlt als Berichterstatter die Annahme der Verträge mit Spanien und Portugal.

Abg. von Gräfe (Wölk.) lehnt alle Verträge ab. Sämtliche Handelsverträge werden dann in zweiter und dritter Lesung gegen Kommunisten und Völkische angenommen. Gegen das französische Abkommen stimmen auch die Deutschnationalen. Angenommen wird der deutsch-österreichische Konsularvertrag.

Es folgt die Beratung eines völkischen Antrages zur Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik. Der Rechtsausschuß schlägt Ablehnung vor.

Abg. Krube (Wölk.) bekämpft das Schutzgesetz, das eine unerhörte Ausnahmemaßnahme sei. Der Gewalt Herrschaft Seberings und seiner zionistischen Umgebung müsse endlich ein Ende gemacht werden. Sebering habe durch seine Subjekte die bayerische Regierung in München dauernd besitzeln lassen. Das preussische System sei gekennzeichnet durch die Anträge Heilmanns, Seberings, Barmatz. Heilmann hätte hinter Schloß und Riegel gesetzt werden müssen. Heilmann siehe aber unbestraft mit Barmatz, dem größten Fälscher der Weltgeschichte, in Verbindung. Der Redner wendet sich dann gegen die Verhaftungen prominenter Persönlichkeiten. Ein Minister, der sich so etwas herausnehme, werde in keinem Balkanstaat länger geduldet werden. Gegen Thüringen und Sachsen habe man die Reichsexekutive angestrebt, warum nicht auch gegen Preußen. Der Redner protestiert gegen die beabsichtigte Zerstückelung der vaterländischen Verbände.

Abg. Rosenberger (Komm.) stimmt dem völkischen Antrag auf Aufhebung des Schutzgesetzes zu, lehnt die völkische Begründung aber ab.

Abg. von Freytagh-Loraghoven (Deutschn.) teilt mit, daß die deutschnationale Fraktion für den völkischen Antrag stimmen werde. Die Erwägungen, aus denen sie bei Erlassung des Gesetzes dagegen gestimmt habe, besähen heute in stärkerem Maße als je. Das Gesetz verstoße gegen das Rechtsgefühl, gegen jedes sittliche Empfinden und gegen die Verfassung. Die neuesten „Putschpläne“ zeigen, welcher Mißbrauch mit diesem Gesetz getrieben werden könne. Die Hausdurchsuchungen seien durchaus ungefährlich gewesen. Ein Verfassungsentwurf sei kein Hochverrat. Rathenau und Dr. Preuß haben während des Krieges einen republikanischen Verfassungsentwurf bereits im Jahre 1917 ausgearbeitet. (Widerspruch links.) Das Wort Republik kommt in dem Entwurf zwar nicht vor, aber ein Verfassungsentwurf, der einen Kaiser und seinen Fürsten kennt, ist eben republikanisch. (Lärm links.) Wenn Justizrat Claf seiner monarchistischen Ueberzeugung Ausdruck gegeben habe, so sei das sein gutes Recht. Wenn das Hochverrat sei, dann solle man gegen die ganze deutschnationale Fraktion ein Hochverratsverfahren eröffnen. (Beifall rechts.) Gegen Claf werde jetzt in schamloser Weise gehetzt. Er habe seinerzeit die kommende Katastrophe vorausgesehen und rechtzeitig gewarnt. Er habe bereits an dem Kaiser Kritik geübt, als Koch und Ritz sich noch in Lobreden ergingen. (Hört, hört! rechts.) Für Männer wie Claf müsse man Achtung haben, mehr als für zeitweilige Republikaner, die je nach der Konjunktur von einem Lager ins andere wandern. (Beifall rechts, Unruhe links.) Die Putschaktion habe bewiesen, daß das Republikerschutzgesetz der Eckstein des Systems Sebering sei. Darum müsse es fallen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) stellt fest, daß seine Freunde im Rechtsausschuß gegen den bekannten kommunistischen Antrag gestimmt haben. Inzwischen seien die bekannten Ereignisse in Preußen eingetreten, durch die auch die Deutsche Volkspartei auf das äußerste erregt wurde. Diese Vorgänge müßten als ein grober Mißbrauch der gesetzlichen Bestimmungen bezeichnet werden. (Beifall rechts.) Es sei daher eine neue Situation geschaffen, die erneut geprüft werden müsse. Der Redner fordert Rückverweisung der Angelegenheit an den Rechtsausschuß.

Der kommunistische Antrag wird darauf an den Rechtsausschuß zurückverwiesen.

## Gegenrevolution in Polen?

Die Lage in Polen ist ziemlich unübersichtlich. Seitens der Pilsudski-Regierung wird bestritten, daß der Neu-„Urdemokrat“ der Dinge irgendwelche ernstere Gefahren drohen. Aber auch sie kann nicht völlig abläugnen, daß sich die Parteien der Rechten keineswegs mit der Umwälzung abgefunden zu haben scheinen.

Die größte Gefahr droht Pilsudski aus Posen. Presseberichte vom Donnerstag morgen aus Warschau besagen:

In Posen sei eine Morgenregierung ausgerufen worden, die sich aus dem General Haller, Bizemarschall Plucincki und Pajzowski zusammensetzt. Die Truppen Pilsudskis sollen mit den Streitkräften Hallers bereits westlich von Lodz in Fühlung stehen. Es sollen bereits größere Gefechte stattgefunden haben.

Auch aus anderen Gegenden werden schwere Gefechte gemeldet. 25 Kilometer von Lodz entfernt befanden sich mehrere Abteilungen der Hallertruppen auf dem Marsch nach Warschau,

„Grüße sie. Es ist mir doch sehr schwer, daß ich sie nicht groß sehen soll. Aber Jürgen und du, ihr werdet schon ordentliche Menschen aus ihnen machen. Und sorgt ja, daß Karl-Heinz die Karten nicht kennen lernt. Es ist doch nichts damit. Wen die einmal haben, den lassen sie nicht los. Das weiß ich von mir selbst. — Wo bleibt nur Jürgen?“

„Er ist doch in Ostpreußen, weißt du.“

„Ach so; deswegen müßte ich ja nach Hause — in den Tod. Schreib ihm —“

„Ja, Liebster, gewiß. Sobald es Tag wird.“

Gegen elf Uhr kam die Schwester leise herein, um noch einmal nach Arnold zu sehen.

„Soll ich nicht lieber bei Ihnen bleiben?“ fragte sie.

Anne schüttelte den Kopf. „Ich danke Ihnen so herzlich, aber ich fürchte mich nicht.“

In diesen letzten feierlich-ernsten Stunden hätte sie keines, auch nicht des hilfreichsten Menschen Nähe ertragen. Allmählich verstummt draußen die letzten Geräusche, nur der Wind feufzte ums Haus und trieb noch immer den Regen an die Scheiben. Unten im Flur tickte eine Standuhr. Fast überlaut hörte man sie in der Nachtstille unregelmäßig und leise. Würde er so hinüber schlummern?

„Wenn er mich nur noch einmal anfähe, nur noch ein Wort spräche.“ dachte Anne inbrünstig.

Sie hatte das seltsame Gefühl, als sei sie durch Meere und Wüsten von ihm getrennt gewesen und habe ihn nun wieder gefunden. Was das Leben hoffnungslos verwirrt hatte, glättete der Tod. — Es war wie eine Erlösung. —

mit dem Befehl, bis nach Girardow zu marschieren, wo scheinbar General Haller seine Truppen zum Stoße gegen Warschau zusammenziehe. — Sicher ist, daß in der Nähe Warschaws noch größere Truppenmengen konzentriert sind, was die Pilsudski-Regierung mit „technischen Schwierigkeiten“ beim Abtransport zu erklären sucht. Im übrigen sind Kenner Polens durchaus der Meinung, daß es mit diesem gewalttätigen Umsturz nicht abgetan sei; man rechne vielmehr mit einer Folge von Putsch.

Ein Protest der Posener Opposition.

Posen, 18. Mai. Die in Posen versammelten Senatoren und Abgeordneten der Opposition gegen Pilsudski haben ein Telegramm folgenden Inhalts an den Sejm-Marschall Kataj gesandt:

Die unterzeichneten Senatoren und Abgeordneten erklären sich angesichts der Unmöglichkeit, unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine freie Nationalversammlung nach Warschau einzuberufen, gegen eine solche Einberufung nach Warschau.

Es folgen die Unterschriften der Senatoren und Abgeordneten der Christlichen Demokratie, des Nationalvolksverbandes der Christlichen Nationaldemokratie, der Gruppen Dubanowicz und der Nationalen Arbeiterpartei. Sejm-Marschall Kataj ist gegenwärtig bemüht, die scharfen Gegenstände zwischen Posen und Warschau auf dem Verhandlungswege auszugleichen.

Weiterer Warschauer Drahtzug zufolge konzentrierte sich das allgemeine Interesse auf die Haltung der Posener rechtsparteilichen Führer. Man glaubt jedoch, daß auch in Posen bald wieder eine Beruhigung der Gemüter eintreten wird und daß die Bemühungen der Generale Haller und Musnicki, eine Freiwilligenarmee gegen Pilsudski zu bilden, nicht den gewünschten Erfolg haben werden. Die sozialistische Partei fordert die Arbeiterpartei zu weiterem rücksichtslosem Handeln gegen die Rechte auf und strebt nach einer Arbeiter- und Bauernregierung. Sie erklärt, alle Energie und Kraft einzusetzen zu wollen für die Durchführung politischer Reformen. Wie aus Kattowitz mitgeteilt wird, wurde im schlesischen Sejm (Parlament) ein Antrag der Konstanty-Partei und der nationalen Arbeiterpartei „Mißbilligung des Staatsstreiches Pilsudskis, der die gesamte ober-schlesische Wirtschaftslage schwer erschüttert habe“, mit einer Mehrheit von fünf Stimmen angenommen.

## Die Abrüstungskomödie beginnt.

Am gestrigen Dienstag trat in Genf die verschobene vorbereitende Abrüstungskonferenz endlich doch zusammen. Ueber dieses Schwindelunternehmen ist kaum mehr ein Wort zu sagen. Man weiß, daß kein Staat — mit Ausnahme Deutschlands — Interesse an der Veranstaltung nimmt, im Gegenteil ihr mit tiefster Abneigung gegenübersteht. Herauskommen wird sicher nichts dabei als eine große Vermehrung des Inhalts der Aktenschränke in den diversen auswärtigen Kabinetts- und Ministerien.

Selbst unsere Demokratienpresse gibt zu, daß die Konferenz unter sehr ungünstigen Verhältnissen zusammentritt. So sind erst in den letzten Tagen zwei Absagen der bisher eingeladenen erfolgt; der jugoslawische Außenminister Rutschitsch und Dr. Beneß (!) haben sich entschuldigen lassen. Frankreich denkt nach wie vor nicht im Schloße daran, sich auch nur einzuschränken, und England möchte wohl, daß Frankreich abrüstet, läßt aber an seinen Notentrüstungen nicht rütteln, und sieht sich von Amerika in dieser Haltung unterstützt. Wer also soll abrüsten, und was sollte bei der Konferenz herauskommen?!

„Wir“ Deutsche sind natürlich feste dabei! Wir entsenden sogar eine solche Zierde der Diplomatie, wie den früheren rühmlich bekannten Botschafter in Washington, Graf Bernstorff. Vom Auswärtigen Amt sind Ministerialdirektor von Bülow und Staatssekretär von Mollenhof Mitglieder der Delegation. Das Reichswehrministerium hat eine größere Abordnung zusammengestellt, die unter Führung des Freiherrn von Treibera steht. Der Sekretär der Delegation ist der Legationssekretär Dr. Bolz. Sie sind bereits in Genf eingetroffen.

## Deutsches Reich.

Los von der Demokratie! Im „Ulmer Tageblatt“ steht zu lesen: Eine Erklärung. Herr Rechtsanwalt Mühlhäufer teilt uns mit, daß die Haltung der Deutschen Demokratischen Partei in der Flaggenfrage, insbesondere der Mißtrauensantrag im Reichstag, für ihn der letzte Anlaß war, aus dieser Partei auszutreten. Herr Mühlhäufer legt Wert darauf, auch in der Öffentlichkeit nicht mehr als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei zu gelten, weshalb er um Bekanntheit seines Entschlusses ersuchte.

Mühlhäufer war seit Jahren Führer der Demokratie in Ulm!

Die Jahre ihrer Ehe zogen an ihrem Geist vorbei. Sie sah sich mit Arnold an ihrem Hochzeitstag; an den Seiten ihrer Kinder, in Stunden voll Zärtlichkeit, da der Reiz seines Wesens sie umstrickte.

„Es war, wie wenn die scheidende Sonne ferne Berggipfel zum letztenmal vergoldete; was die Täler bargen, blieb im Schatten, man erkannte nichts mehr.“

Sie würde dereinst den Kindern ein liebes Bild des Vaters zeichnen können, küßte sie mit heißem Dank. — Als die Hähne zu krähen begannen und das graue Novemberlicht kalt und trübselig in das unruhige Zimmer trock, öffnete Arnold noch einmal die Augen.

„Es ist so dunkel — Anne — wo bist du?“

„Hier, Liebster. Dicht bei dir.“

„Jürgen“, er brach ab und rang nach Atem. Ein aufgellender Laut. „Sag Jürgen —“

Das war das Ende.

Anne sprang zu, doch indem sie sich mühte, ihn mit dem Kissen aufzurichten, sank sein Kopf schwer gegen ihre Schulter. Arnold war tot. Was immer er dem Bruder noch hatte sagen wollen, ging mit ihm zu Grabe. War es ein Dank gewesen, eine Bitte, ein Wunsch für die Zukunft?

Vergessen die Nächte voll Tränen, die Tage voll Angst und Enttäuschung, alles, was er in Leichtsinne und Schwäche ihr angetan hatte.

Im Tod wurde er ihr wieder zu dem, der einst ihre junge Liebe gewonnen, und dem sie sich verlobt hatte unter dem Christbaum in Rotenfelde. —

(Schluß folgt.)



## Vermischtes.

Ein großer Ehrenstag der deutschen Armee und Marine, der die Erinnerung an die unergleichen Leistungen der toten und lebenden deutschen Frontsoldaten zu Wasser, zu Lande und in der Luft wachrufen soll, wird am 28. und 29. August 1926 in Nürnberg stattfinden. In sämtlichen nationalen Verbänden und Vereinigungen Deutschlands werden zur Teilnahme an diesem Tage bereits Vorbereitungen getroffen. Die Ehrenschirmherrschaft hat der rangälteste Offizier der bayerischen Armee, Kronprinz Rupprecht, übernommen. Die Träger der berühmtesten Namen der deutschen Armee und Marine werden in Nürnberg antworfend sein. Die Veranstaltung umfaßt alle deutschen Stämme.

Klaus Potsdam findet seine Mutter. Am 19. Juli 1923 wurde im Stadtbahnhof Berlin—Potsdam auf dem Bahnhof in Potsdam von einem Eisenbahnbeamten ein dreijähriges Kind gefunden. Das Kind lag in einem Umhängetuch gewickelt in einem Kupon auf der Bank. Trotz genauester Nachforschungen war es nicht gelungen, die Mutter zu ermitteln. Die Stadt Potsdam nahm sich des Kindes an, und mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts wurde das Kind Klaus Potsdam getauft. Der Potsdamer Stammhalter hatte sich zu einem prächtigen Bengel entwickelt, als sich vor drei Wochen das 23jährige Hausmädchen Margarete Theinert als Mutter des Kindes vorstellte. Wegen Kindesaussetzung vor dem Potsdamer Schöffengericht angeklagt, gab die Theinert zu, ihr Kind im Stadtbahnhof liegen gelassen zu haben, um sich seiner zu entledigen. Sie habe auf gute Menschen gehofft, die es finden würden. Das Schöffengericht stellte sich auf den Standpunkt, daß eine Gefährdung des Kindes durch das Liegenlassen im Zuge nicht vorliegen habe, da der Zug alle fünfundsiebenzig Minuten wieder von Menschen aufgesucht werde. Infolgedessen sprach das Gericht die Angeklagte auf Staatskosten frei. Klaus Potsdam verbleibt nun entweder weiter unter Potsdamer Obhut, da der Amtsvormund das Kind der Mutter nicht herausgeben will, oder er muß umgetauft werden und nach Berlin wandern.

Beschlagnahme großer Mengen Methyalkohol. Bei dem Inhaber einer Weinhandlung in Münster (Westfalen) wurde vor einigen Tagen festgestellt, daß dessen Vitore Methyalkohol enthielten. Daraufhin wurden die gesamten Vorräte von der Polizei beschlagnahmt. Weitere 12000 Liter Spirituosen, die ebenfalls Methyalkohol enthielten, wurden bei der herstellenden Firma festgestellt und mit Beschlagnahme belegt. Vor ungefähr 2 Monaten starben in Werdohl (Westfalen) an Methyalkoholvergiftung 5 Personen nach dem Genuß von Spirituosen, die aus der gleichen Firma stammten.

Die Gastwirte und die Gemeindegetränksteuer in Zaborze. In Zaborze (Oberschlesien) haben die Gastwirte dem Gemeindevorstand eine Erklärung übermittelt, dahingehend, daß sie sich weigern, eine Steuererklärung für die Gemeindegetränksteuer abzugeben und diese noch weiterhin zu zahlen, da nach ihrer Ansicht mit dem 1. April die Verordnung zu deren Erhebung abgelaufen ist. Man darf gespannt sein, welches Ende der Zwist nehmen wird.

Beschlagnahme. Der Hamburger Kutter „Roland“ mit großen Vorräten an Alkohol an Bord wurde von der Hafenpolizei in Rönnehamn (Schweden) beschlagnahmt und die Besatzung verhaftet. Bei der Verfolgung des Schmuggelschiffes floh ein schwedisches Zollboot aus bisher noch nicht geklärt Ursache in die Luft. Die Bemannung konnte gerettet werden.

Wild-West im Braunschweigischen. In Hasselfelde drangen 2 Männer, die sich durch Schwärzen der Gesichter unkenntlich gemacht hatten, nachts durch eine zerbrochene Fensterscheibe in die Wohnung einer Witwe ein, zwangen die Frau mit vorgeschlagenem Revolver im Bett zu bleiben und durchsuchten dann sämtliche Räume. Die Frau hatte wenige Tage zuvor eine größere Geldsumme aus Amerika erhalten, diese aber zum Glück nicht in der Wohnung aufbewahrt, so daß den Räubern nur eine geringe Summe in die Hände fiel. Den Verbrechern ist man bereits auf der Spur.

Die Schupo in Berlin im Strohhut. Das preussische Ministerium des Innern hat dem Tschako aus Strohgewebe offiziell in Preußen eingeführt. Das Berliner Polizeipräsidium hat daraufhin sofort deren Anfertigung angeordnet. Diese soll so beschleunigt werden, daß die Berliner Schupoleute schon zu Pfingsten die Annehmlichkeit der Sommerkopfsbedeckung aus Strohgewebe, den „Sommerkutsch“, wie er kurzweg genannt wird, zu genießen in der Lage sind. Seine Herstellung erfolgt aus seinem Pedalgewebe, sein Gewicht beträgt 180 Gramm gegen 330 Gramm in der bisherigen Ausführung. Außer Preußen erwägen übrigens Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen, Hamburg, Bremen, Lübeck ebenfalls die Aufnahme dieser in jeder Beziehung kleidsamen Kopfsbedeckung aus Strohgewebe in die dienstliche Kleiderordnung.

Eine Kaufboldliste. Im Regierungsbezirk Merseburg ist jetzt die Möglichkeit gegeben, Kaufbolde auf besonderen Listen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, namhaft zu machen. Von dieser Verordnung ist in Hohenprießnitz bei Eilenburg zum ersten Male Gebrauch gemacht worden. Dort gab der Amtsvorsteher die Namen von vier Kaufbolden bekannt und verbot den Wirten bei Strafe, diese während öffentlicher Lustbarkeiten in ihren Gaststätten zu dulden.

Eine überraschende Aufklärung haben die seit einiger Zeit auf dem Güterbahnhof in Flensburg ausgeführten Güterdiebstähle gefunden. Als Täter wurden zwei ausschweifende Beamte des Güterschuppens, ein Lagermeister und ein Vorarbeiter, ermittelt. Bei einer daraufhin vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde ein ganzes Lager gestohlener Sachen gefunden. Zu Tode gehungert. Der Baugewerkschaftler Scholz ist im Baugewerkschafts-Krankenhaus an Entkräftung gestorben. Er hatte die verschiedensten Stützungsmittel und Kochsalzeinspritzungen erhalten, aber alle diese Maßnahmen haben den Verfall seines geschwächten Körpers nicht mehr aufhalten können.

## Stadt. Kreis. Provinz.

Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten in Pfenningen: Butter 180—185, Schweinefleisch 90—140, Rindfleisch 80—120, Hammelfleisch 90—110, Flunders 25, Räucherflunders 40—60, Hecht 100—120, Aale 120—150, Schleie 120, Schollen 25—30 das Pfund, Salat 15—20 der Kopf, Rhabarber 15—20, Radisches 10 das Bund, Eier 9—10 das Stück.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich Montag nachmittag gegen 4 Uhr auf dem Sauberg an der Chausseestraße-Ecke. Dort fuhr der Bäckermeister Stübner mit seinem Fahrrad hinter einem Straßenbahnwagen herkommend, einem Wagen der Kraftomnibus-Linie Stolp—Groß-Ralitz ins Vorderrad, wurde vom Rade geschleudert und kam dabei so unglücklich zu

liegen, daß er, ehe der Kraftwagen zum Halten gebracht werden konnte, über den Kopf gefahren wurde. Der Tod trat sofort ein.

Diebstahl. Einem Schüler wurde während des Spielens auf dem Plage an der Schloßstraße seine silberne Taschenuhr entwendet.

Fuhrwerksverkehr. An Markt- und Viehabnahmetagen dürfen unbepannte Fuhrwerke nur aufgestellt werden in der Holstentorstraße, Schmiedetormauerstraße, Höhlenstraße, Ringstraße vom Schützenhaus bis zur Büttowerstraße, Südseite des Kirchplatzes, Süd- und Westseite des Stephanplatzes. Bespannte Fuhrwerke dürfen in den Straßen nur zum Zwecke des Bes- und Entladens stehen bleiben. Das Absträngen der Pferde bei Zweispännern wird zweckmäßig an der Innenseite vorgenommen. Die Beleuchtung der Fuhrwerke hat in den Monaten Mai bis August von 10 Uhr abends bis 3 Uhr morgens zu erfolgen. Die Wagentaseln entsprechen häufig nicht der Vorschrift. Die Schrift muß deutlich und nicht verwischbar, die Buchstaben müssen mindestens 5 cm. hoch sein. Dünger darf nur bis 7 Uhr morgens abgefahren werden. Handelt es sich um trockenen Stalldünger, so ist die Abfuhr auch am Tage zulässig, wenn die Ladung vollkommen bedeckt ist. Der Dünger ist so aufzuladen, daß eine Verunreinigung der Straße und jede Belästigung des Publikums ausgeschlossen ist. Beim Fahren stets die rechte Straßenseite halten; überholen nur links und niemals an unübersichtlichen Stellen, beim Einbiegen in eine andere Straße nach rechts in kurzem Bogen, nach links in großem Bogen fahren. Allen Fuhrwerksbesitzern wird ans Herz gelegt, im Sinne dieser Ausweisungen auf die Fuhrwerkseiter einzutreten.

Pfingstverkehr nach Stolpmünde. Die Reichsbahnverwaltung beabsichtigt, bei genügender Beteiligung an beiden Pfingstfeiertagen außer den planmäßigen auch Bedarfszüge zwischen Stolp und Stolpmünde verkehren zu lassen. Bestimmte Aufgaben werden an den Verkehrstagen durch Aushängen an den Fahrkartenschaltern zur Kenntnis gebracht. Die Züge 935—Stolp ab 1,25, Stolpmünde an 1,57 und 946—Stolpmünde ab 11,00 Stolp an 11,36 sollen mit Rücksicht auf das Militärfest in Stolpmünde auch schon bei mäßiger Besetzung verkehren. Bei ungenügender Benutzung werden sie nicht fahren.

Nicht nach Rußland! In letzter Zeit haben sich bei den Auswanderer-Beratungsstellen wieder die Anfragen über Sowjet-Rußland gehäuft. Es sei daher darauf hingewiesen, daß die Arbeitsmarktlage in der Union der sozialistischen Sowjet-Republiken zurzeit nichts weniger denn günstig ist, und zu einer Auswanderung nach dort nicht geraten werden kann. Auf besondere Fragen, auch über die Aussichten für bestimmte Berufe, gibt die amtlich anerkannte gemeinnützige öffentliche Auswanderer-Beratungsstelle des „Instituts für Auslandskunde, Grenz- und Auslandsdeutschtum“ in Leipzig-Gohlis, Friedrich-Karlstraße 22, unter Beifügung von Mark 1,40 für Postgeld und Gebühren erschoßende Auskunft.

Kleingeld auf der Reise und nicht so viel fragen. Das ist wörtlich zu verstehen und gilt für praktische Leute. Wer nicht praktisch ist, braucht sich auch nicht danach zu richten. Wer nicht viel unterwegs ist, glaubt gar nicht, wie sehr er an Tagen mit starkem Reiseverkehr auf kleines Geld angewiesen ist und wie oft er hören muß, daß nicht gewechselt werden kann; also nimmt man das Wechselgeld besser von zu Hause mit. Und auch ein kleines Kursbuch, um nicht fortwährend fragen zu müssen. Fortwährend fragende Passagiere sind eine Plage, nicht nur für Beamte, sondern auch für Mitreisende.

Rummelsburg. Als am Mittwoch abend der von Büttow kommende Zug den Bahnhof Tretenwalde verlassen hatte, sprang plötzlich ein junger Burische, der als Fürsorgezögling nach Neustettin transportiert werden sollte, durch das Fenster aus dem fahrenden Zuge an einer Stelle, wo die Bahnhofsung ziemlich hoch ist. Trotzdem der Zug gleich zum Halten gebracht wurde und der begleitende Beamte die Verfolgung aufnahm, gelang es nicht, des Entspringenen habhaft zu werden.

Stettin. Der Raufsch am Jahrtag! Am Sonnabend mittag kehrte der Arbeiter Herrmann Ziese stark angetrunken in seine Wohnung zurück. Er geriet mit seiner Frau, die in der Küche mit der Zubereitung des Mittagessens beschäftigt war und mit einem Kartoffelschälmesser hantierte, in Streit und bedrohte sie mit Schlägen. Die in Ausreue verfezte Ehefrau versuchte ihren wütenden Ehemann von sich abzuwehren. Der Mann taumelte infolge seiner starken Angetrunkenheit, wobei ihm die Spitze des Messers in die linke Hüfte drang und eine Schlagader verletzete. Infolge erheblichen Blutverlustes mußte Ziese in das Krankenhaus Bethanien geschafft werden.

Pasewalk. Blitschlag. — Hier wurde ein Schmiedelehrling vom Blitschlag getroffen; er erlitt nur eine vorübergehende Starre des Armes.

Usedom. Im Eimer ertrunken. — Das 1½jährige Kind des Fischers Peise stürzte nachts aus dem Bett in einen Wassereimer und ertrank. Die Eltern bemerkten das Unglück erst morgens.

## Letzte Meldungen.

Die Lage in Polen.

Danzig, 18. Mai. Die „Danziger Zeitung“ meldet: Die völlige Telegramm- und Telephonperre mit dem Korridor und den Gebieten der ehemals preussischen Provinz Posen ist Dienstag mittag erneut eingetreten. Ueber die Entwicklung der Dinge in Posen ist die letzte direkte Meldung um 8 Uhr früh eingelaufen, derzufolge die Garnisonen in Posen, Gnesen, Bromberg, Thorn, Hohensalza, Graudenz und Protoschin auf Seiten der Posener Gegenregierung getreten sind. Die Konzentrierung der Truppen erfolgt im Raume von Gnesen und Posen. Um 9 Uhr früh wurde auch der Postverkehr von Posen nach Danzig über das polnische Postamt in Danzig eingestellt. — Der „Rebeler Bot“ meldet aus Wilna: Seit Montag abend kommt es in Wilna zu schwerer Zusammenstößen innerhalb der Garnison. Der Aufruf der Gegenregierung in Posen ist in Wilna verbreitet worden und hat zu einer Spaltung im Offizierkorps und in der Garnison geführt. Das 3. und 4. Infanterieregiment haben sich in den Kasernen verschanzt und verweigern die von dem auf Seiten Pilsudskis stehenden Kommandanten befohlene Entwaffnung. Die litauische Regierung hat die Grenzperre zwischen Kowno und Wilna von neuem verfügt.

Pleite der Reichsholdschen Finanzpolitik.

Berlin, 18. Mai. Die Steuereingänge bei den Finanzämtern Groß-Berlins sind seit dem Reichsholdschen Steuermilderungsgesetz um fast 22 Prozent geringer als vorher. Die Stadt Berlin erklärt sich zur Mehrtragung der 130 Millionen

Mark Erwerbslosenunterstützungserhöhungen außerstande. Im Reichstag selbst wurde heute dem Steuermilderungsgesetz keine lange Dauer mehr in Aussicht gestellt, da die Fehlbeträge schnell anwachsen. Die Bäckereien wollen gegen das Steuerdenunziantentum entlassener Angestellten in einem besonderen Gesetzesantrag Stellung nehmen.

Teuerung in Italien.

Zürich, 18. Mai. Der „Tagesanzeiger“ meldet: Italien steht vor einer neuen bedeutenden Erhöhung des Brotpreises. Der Getreidepreis ist innerhalb fünf Tagen um 20 Prozent gestiegen. Die Bevölkerung zeigt sich ernstlich beunruhigt.

Schwere Verluste der Spanier in Marokko.

Tanger, 18. Mai. (Reuter.) Nach einer Meldung aus Alhucemas haben die Spanier dort bei ihren Operationen schwere Verluste erlitten. Eine Abteilung der Fremdenlegion von 360 Mann soll bis auf den letzten Mann getötet oder gefangen genommen worden sein. Kaufleute in Alhucemas senden ihre Warenvorräte nach Melilla zurück in Erwartung eines baldigen starken Angriffs Abd el Krims. Beträchtlich mehr als 100 Soldaten der spanischen Fremdenlegion sind in der Nähe von Tetuan gefallen. Die Zahl der Verwundeten ist groß.

Französische Niesenverluste in Marokko.

Genf, 18. Mai. Die Pariser „Humanité“ ist in den Besitz der nicht zur Veröffentlichung kommenden französischen Verlustlisten für Marokko vom 20. 4. bis 16. 5. gelangt. Danach haben die französischen Truppen in dieser Zeit verloren 3980 Tote, 3170 Verwundete und 4100 Vermisste.

## Handelsnachrichten.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Olsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. — (am 17. 5. —). Roggen Märk. 175—180 (176—181). Sommergerste 189—202 (191—204). Inländische Futtergerste 171—184 (172—185). Hafer Märk. 197—208 (197 bis 208). Mais loko Berlin — (—). Weizenmehl 36,50 bis 39,25 (36,75—39,50). Roggenmehl 24,75—26,25 (25,00—26,50). Weizenkleie 10,60 10,75 (11,00). Roggenkleie 11,50—11,80 (11,50—11,80). Raps — (—). Leinfaat — (—). Diktoriaerbsen 31—39 (30—39). Kleine Speiseerbsen 25,00—26,00 (25,00—26,00). Futtererbsen 20—25 (20—25). Peluschnen 20 23 (20,00—23). Ackerbohnen 22,00—24,00 (22,00—24,00). Wicken 28—30 (28,00—30,00). Lupinen blaue 12,00—12,75 (12,00—12,75). gelbe 14,75—15,75 (14,75—15,75). Seradella 34—38 (34 38). neue — (—). Rapskuchen 13,75—14,00 (13,75—14,00). Leinkuchen 18,00—18,20 (18,00—18,20). Trockenschrot 9,80—10,10 (9,80—10,10). Sojafschrot 19,20—19,50 (19,20—19,50). Torfmelasse 30-70 — (—). Kartoffelflocken 16,00—16,30 (15,70 bis 16,10).

Heu und Stroh.

(Amtlich.) Erzeugerpreise für 50 Kilo ab märkischer Station, frei Waggon, für den Berliner Markt in Reichsmark: Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) 1,10—1,65, drahtgepresstes Haferstroh (bezgl.) 1,10—1,55, drahtgepresstes Gerstenstroh (Quadratballen) 1,10—1,50, drahtgepresstes Weizenstroh (Quadratballen) 1,10—1,55, Roggenlangstroh (zweimal mit Stroh gebündelt) 1,55—1,90, bindfadengepresstes Roggen- und Weizenstroh 1,20—1,60, Häcksel 1,75—2,10, handelsübliches Heu, gesund und trocken, nicht über 30 Prozent Besatz mit minderwertigen Gräsern 2,80—3,20, gutes Heu, desgleichen nicht über 10 Prozent Besatz 3,40—3,90, Mißlißheu loko —, — Kleehheu loko 4,00 bis 4,50.

Berliner Frühmarkt. Weizen: Mai 304, Juli 291, Sept. 262, Roggen: Mai 194, Juli 197, Sept. 200, Hafer, gut 227 bis 235, mittel 220—226, Gerste, gut 206—212, Futterweizen 310—320, Futtererbsen 270—280, kleiner Mais 192—196, Roggenkleie 120—126, Weizenkleie 114—118.

Berliner Butternotierung.

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin C. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 18. Mai. 1. Qualität 1,63, 2. Qualität 1,45, 3. Qualität 1,25 Reichsmark. Tendenz lebhafter.

Stettiner Getreidenotierung vom 18. Mai. (Für 1000 Kilo waggonfrei Stettin.) Roggen inl. 182—184, Weizen inl. 299 bis 303, Hafer 194—200, Gerste, inl. Sommergerste 186—202, feine über Notiz, Futtergerste 173—185. Tendenz ruhig.

Stettiner Kartoffelbörse vom 18. Mai. Weiße Kartoffeln 1,20—1,30, rote 1,30—1,40, gelbfleischige 1,60—1,70, gelbfleischige Industriekartoffeln 1,80—1,90.

Stolper Ferkelmarkt am 19. Mai. Aufgetrieben waren 132 Ferkel. Es kosteten 4—6 Wochen alte Tiere 30—36 Mark 6—8 Wochen alte und darüber 36—45 Mark. Der Markt war rege und wurde ziemlich geräumt.

# Belohnung

von 20,— Reichsmark wird ausgesetzt für die Ermittlung der Diebe, die wiederholt aus den Anlagen Schraderplatz und Rosengarten Rosenpflanzen gestohlen haben.

Stolp, den 17. Mai 1926.  
Der Magistrat.

Heute Mittwoch, den 19. Mai dieses Jahres, abends 8 Uhr finden in der Aula der Knaben-Mittelschule Lichtbildervorführungen: „Des Menschen Zähne und ihre Pflege“ statt, zu denen sämtliche Schüler sowie deren Eltern und Lehrer hiermit eingeladen werden. Eintritt frei.  
Städt. Wohlfahrts- und Jugendamt.



# Allemaal: Rahma-buttergleich!

MARGARINE

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entschlief heute sanft nach langen in seltener Geduld getragenen Leiden mein geliebter, treuer Mann

## der Procurist Georg Von

Inhaber des Verdienstkreuzes  
im fast vollendeten 62. Lebensjahr.

In tiefer Trauer

Elise Von  
geb. Donow.

Stolp, den 18. Mai 1926.

Beerdigung Freitag, den 21. ds. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr nach vorausgegangener 2 stündiger Trauerfeier von der Friedhofskapelle.

Gott der Herr rief heute früh aus dieser Zeitlichkeit in sein ewiges Königreich ab

## den Procuristen Herrn Georg Von

in Stolp.

Herr Von zählte seit vielen Jahrzehnten zu den eifrigsten und regelmächtigsten Mitgliedern des Landwirtschaftlichen Vereins Stolp-Schlawa-Rummelsburg und verwaltete seit 1915 in aufopferungsvoller Treue das arbeitsreiche Amt des Schatzmeisters des Vereins. Mit vorbildlicher Sorgfalt bereitete er jede Sitzung des Vereins vor. Er nahm in Kriegs- und Friedenszeiten stets warmen Herzens teil an den Mühen und Sorgen der heimatischen Landwirtschaft, und die Vereinsmitglieder werden seine sachliche und lebenswürdige Freundlichkeit und immer gleichbleibende Hilfsbereitschaft schmerzlich vermissen. Sie werden ihres entschlafenen Schatzmeisters in dauernder Verehrung und Liebe gedenken und sein Gedächtnis in hohen Ehren halten.

Großendorf, den 18. Mai 1926.

Der Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Vereins  
Stolp-Schlawa-Rummelsburg

Dr. jur. v. Gerlach,  
Königlicher Landrat i. R.



## Krieger- und Militärverein Stolp i. Pom.

Am zweiten Pfingstfeiertag, Montag den 24. Mai 1926, Ausflug mit Sonderzug nach Rathsdammitz und von dort in die Voitz.

Der neu angelegte Festplatz liegt unmittelbar hinter der Oberförsterei, 15 Minuten vom Bahnhof entfernt. Abfahrt 7,45 morgens, Rückfahrt 9 Uhr abends. Preis für Bahnfahrt und Verpflegung Rm. 1.— pro Person, für Gäste Rm. 1,50.

Anmeldungen sofort beim Bezirksleiter, wo auch Karten ausgehändigt werden.

Der Vorstand.

Wir bieten an  
**Bauholz nach Liste**  
**Vorratskanthölzer und Balken**  
**Dachlatten, Schalbretter**  
**sowie alle Sorten Tischlermaterial**  
Furniere in Eiche, Gabun, amer. Nussbaum zc.  
**Sperrplatten zc.**

von unserem hiesigen Lagerplatz zu herabgesetzten Preisen.  
Bei Waggonbezug äußerst billige Preise.

## Gebr. Brabandt

Holzgroßhandlung. Stolp. Bahnhofstraße 8.

Nr. 101 und 110  
unserer Zeitung taufen wir zurück.

Verlag der  
„Stolper Post.“

Mitgliederversammlung  
des Gustav Adolf Zweigvereins.

Freitag, den 21. Mai 5 Uhr  
im Sitzungssaal — Bismarckplatz 3

Tagesordnung:  
Jahresbericht,  
Entlastung der Rechnung  
1925,  
Wahlen,  
Unterstützungsgesuche.  
Die Mitglieder 'adet ergebenst ein.

Der Vorstand  
Dr. Moerner.

## Neue Gänsefedern

wie sie von der Gans gerupft werden, mit sämtlichen Dornen, à M 3.00, 3.50. Nur kleine Federn mit Dornen à M 4.50. Geriffene Federn mit Dornen à Vfd M 5.00, 5.50, 6.00, 6.50, 7.00 und 7.50. Garantie für weiße, klare und staubfreie Ware  
Versand nur gegen  
Nachnahme

Otto Wanteuffel  
Neu-Trebbin

Stempel-Fabrik  
Gravier-Anstalt  
Vereinsabzeichen  
Sportfiguren

Louis Kase,  
Stettin  
Schulzenstrasse 10.

## Husten, Atemnot Verschleimung

Schreibe allen gern umsonst, womit sich schon viele Tausende von ihrer Qual befreiten. Nur Rückmarke erwünscht.  
Walter Althaus  
Heiligenstadt (Eichsfeld) S. 40.

Empfehle zur  
Ferkelaufzucht  
gefottenes und gedorrtes  
Hafermehl.

Carl Schröder.  
Fernruf 509. Mittelstr. 43.

Kirchliche Anzeige.  
Ev. kirchl. Blautreuz-Verein.

Donnerstag, den 20. Mai  
abends 8 Uhr: Versammlung  
im Saal der Schlosskirche.

## Hämorrhoiden?

Ihnen kann geholfen werden! Lesen Sie die  
**Aerztliche Aufklärungsschrift**

über Entstehung, Behandlung und Heilung von Hämorrhoiden. Diese hochinteressante medizinische Abhandlung ist für jedermann leicht verständlich und wird kostenlos an alle Hämorrhoidenleidenden verteilt. Mit der Broschüre erhält jeder Kranke

**Eine Probe „Humidon“ umsonst**

Diese mit einem Schläge berühmt gewordene Hämorrhoidensalbe beseitigt Jucken und Schmerzen der Hämorrhoiden momentan. Schon nach einmaligem Gebrauch fühlen Sie sich wie neugeboren.

Von der Wirkung müssen Sie sich selbst überzeugen. — Schreiben Sie sofort an die

„Humidon“-Gesellschaft in Berlin W 8, Block Po.  
(Versand durch d. Apotheke zum weißen Kreuz).

Am  
Pfingstsonntag, den 22. Mai 1926  
sind unsere

## Kassen und Büros

für jeglichen Verkehr

geschlossen

Bank für Haus- und Grundbesitz  
im Regierungsbezirk Köslin  
e. G. m. b. H.

Danziger Privat-Aktien-Bank  
Zentrale Stolp

Deutsche Raiffeisenbank A. G.  
Geschäftsstelle Stolp

Kreis-Spar-Kasse des Landkreises  
Stolp

Ostbank für Handel und Gewerbe  
Zweigniederlassung Stolp

Provinzialbank Pommern (Girozentrale)  
Zweiganstalt Stolp

Stolper Bank Aktiengesellschaft  
Bereinsbank für Pommern A. G.  
Heinrich Westphal & Sohn.



## Das Beste für den Grabhügel ist eine Grabeinfassung

Erspart Pflege, erhält den Hügel vor dem Verfall, sieht immer eigen aus.

In vielen Mustern und Größen sofort lieferbar bei

## Adolf Peglow

Stolp, Präsidentenstr. 24

Fabrik von Grabdenkmälern und Einfassungen mit elektrischem Betrieb.

## Garten- u. Feuerspritzen-Schläuche

in Hanf und Gummi empfiehlt in allen Weiten  
Fernsprecher 892. J. de Beer, Stolp, Langestr. 13.